



Reith: Eine resiliente Wirtschaft verlangt Bürokratieabbau

Enquetekommission widmet sich letztem Handlungsfeld Wirtschaft

In der heutigen Sitzung der Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“ setzte das Gremium den Auftakt zum letzten Handlungsfeld „Wirtschaft“. Die Anhörung der Wirtschaftsministerin, Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut, kommentierte **Niko Reith**, wirtschaftspolitischer Sprecher und Obmann der Enquetekommission für die FDP/DVP-Fraktion, wie folgt:

„Grundsätzlich müssen wir aus den vergangenen und aktuellen Krisen lernen, um resiliente Strukturen für künftige Krisen zu schaffen. Wichtig dabei sind robuste Lieferketten und die Versorgungssicherheit systemrelevanter Rohstoffe, Energie, Medikamente und Lebensmittel.

Hilfsprogramme dürfen durch bürokratische Verfahren nicht selbst zum Krisenfaktor werden! Bei den Corona-Hilfen wird der anfangs positive Effekt im Nachhinein durch unklare Regelungen und Über-Bürokratisierung zum Bumerang. So genannte ‚One-Stop-Shops‘ können hier für niedrigschwellige Anlaufstellen der Unterstützung dienen, sowohl für Unternehmen als auch Privatpersonen.

Unsere Unternehmen in Baden-Württemberg waren ein wichtiger Faktor bei der Krisenbewältigung der Vergangenheit, deshalb müssen diese in die Entwicklung von Plänen zur Bewältigung künftiger Krisen mit einbezogen werden. Hierzu gehört auch die Förderung der Innovationsfähigkeit und die Umkehr der sinkenden Nachfrage am Ausbildungsmarkt.“